

**Interpellation Fraktion SVP (Alexander Feuz/Hans Ulrich Gränicher, SVP):
Marzili, Jungfrau-, Marienstrasse: Was kosten die unzulässigerweise vorge-
nommenen Verkehrsbeschränkungsmassnahmen den Steuerzahler? Wer
trägt die politische Verantwortung? Was passiert mit den wegen Tempo-
überschreitung verhängten Bussen?**

Der Gemeinderat erliess vor der Rechtskraft der Verkehrsbeschränkungsmassnahmen Marzili und Jungfrau-Marienstrasse Verkehrsbeschränkungsmassnahmen und muss diese zurücknehmen und zurückbauen.

Dem Steuerzahler entstehen dadurch Kosten. Auch wurden wahrscheinlich Bussen verhängt.

In diesem Zusammenhang stellen sich die folgenden Fragen, um deren Beantwortung der Gemeinderat höflich ersucht wird.

1. Was kostet den Steuerzahler die Rücknahme der Massnahmen?
2. Was passiert mit den verhängten Bussen? Waren diese rechtmässig? Wenn ja, wieso? Wenn nein, wie müssen die unzulässigerweise gebüssten Person vorgehen?
3. Wer trägt dafür die politische Verantwortung? Waren der Rechtsdienst der TVS und der Stadt Bern, der Gemeinderat, die Stadtkanzlei mit der verfrühten Publikation einverstanden? Wenn ja, warum? Wurden Bedenken seitens der Verwaltung angemeldet? Wenn ja, von wem?
4. Gibt es auch andere Strassen, bei denen sich der Gemeinderat bei Verkehrsbeschränkungsmassnahmen nicht an die Rechtsordnung hielt? Wenn ja, wo? Welche? Warum?

Bern, 16. Januar 2020

Erstunterzeichnende: Alexander Feuz, Hans Ulrich Gränicher

Mitunterzeichnende: Thomas Glauser, Ueli Jaisli, Kurt Rügsegger, Erich Hess, Niklaus Mürner, Henri-Charles Beuchat